

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch



Ein ratloser Preisträger

Prof. Dr. Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft,
Philosophisch-Historische Fakultät, Universität Basel

Am 10. Dezember wird der Europäischen Union (EU) in Stockholm der Friedensnobelpreis übergeben werden. Der vor einigen Wochen kommunizierte Entscheid stiess bei Dritten teilweise auf Überraschung und bei der EU selber auf eine gewisse Ratlosigkeit. Wieso erschienen diese Reaktionen zugleich verständlich wie auch unverständlich? Und was lässt sich daraus schliessen?

Grösser als im Falle der EU war die Überraschung im Jahre 2009, als der amerikanische Präsident Barack Obama die Auszeichnung noch vor Ablauf seines ersten Amtsjahres entgegen nehmen durfte. Hier reichte offenbar die als gesichert geltende Erwartung in die künftigen Leistungen als Grundlage für die Zusprache. Im Fall der EU war es umgekehrt: Der europäischen Integration steht der Verdienst zu, die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten in den letzten sechzig Jahren auf eine neue Stufe gehoben zu haben. Dies trifft besonders auf die beiden früheren Kriegsgegner Deutschland und Frankreich zu. Eine weitere historische Rolle spielte die EU nach dem Ende des Kalten Krieges für die Staaten Mittel- und Osteuropas. Sie koordinierte die westliche Hilfe und investierte selbst viel in die wirtschaftliche und politische Transformation. Schliesslich eröffnete sie diesen Ländern im Sommer 1993 die Perspektive eines Beitritts zur EU. Erneut diente die europäische Integration Gesellschaften, die sich im Umbruch befanden, als

Anker und Vision für die Zukunft. Diesen historischen Leistungen vermögen die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehrerer Mitgliedstaaten keinen Abbruch zu tun. Und trotzdem passen die wachsenden Disparitäten, die steigende Arbeitslosigkeit und die teilweise gewalttätigen Demonstrationen schlecht zum Bild des Friedensnobelpreisträgers.

Die EU reagierte ihrerseits ratlos auf die Preisverleihung. Die Beauftragte für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, der Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, reagierten unabhängig voneinander auf die Neuigkeit. Offensichtlich herrschte Unklarheit, wer sich im Namen der EU äussern sollte. Henry Kissingers berühmte Aussage, er wisse nicht, welche Telefonnummer er in Brüssel anrufen solle, hat nichts an Aktualität eingebüsst. Daran vermögen weder der Vertrag von Lissabon noch das neue Gebäude des Europäischen Auswärtigen Dienstes etwas zu ändern. Hinzu kam die schwierige Frage: Wofür sollte das Preisgeld von einer knappen Million Euro verwendet werden? Im Raum stand die Möglichkeit, den Betrag für die Anschubfinanzierung eines geplanten Europäischen Friedensinstituts zu verwenden. Das wäre zweifellos ein mutiger und symbolträchtiger Akt gewesen. Doch die neue Institution bleibt umstritten. Will die EU wirklich als Friedensakteur auftreten?

Und wer sollte dafür zuständig sein? Einzelne Mitgliedstaaten? Der neue Aussendienst? Die Europäische Kommission? Unproblematischer erschien daher, das Geld konfliktversehrten Kindern zukommen zu lassen.

Dagegen ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Doch zeugen die Reaktionen der EU auf die Preisverleihung von einem gerüttelten Mass an Hilflosigkeit. Mit Blick auf ihre Friedensleistungen in Europa gebührt ihr grosser Respekt. Ihre Rolle in der Welt bleibt aber ungeklärt. Eine Handelsmacht wird nicht automatisch zu einer Friedensmacht. Innerhalb ihrer Grenzen stellen die wirtschaftlichen Probleme die interne Solidarität auf die Probe. Vielleicht wird sich als Ergebnis der anstehenden inneren Reformen auch die äussere Rolle der EU weiter klären. Denn wie kann Solidarität gegenüber Dritten effektiv und glaubwürdig gelebt werden, wenn diese innerhalb der eigenen Grenzen unklar bleibt?



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Dies macht die Mühen der EU im Umgang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises verständlich. Der Preis gründet auf den historischen Verdien-

ten der EU. Er kann jedoch auch als Wette darauf gesehen werden, dass es der EU gelingen werde, ihren Umgang mit Solidarität und Konflikten im

Innern und in der Folge auch ihr Rollenverständnis nach Aussen weiter zu klären.

Neue Institutsleiterin



Europainstitut erhält neue Leiterin

Die Historikerin Prof. Madeleine Herren-Oesch wird neue Leiterin des Europainstituts. Ihr Forschungsprofil soll dazu beitragen, die Ausrichtung des Instituts um eine globale Perspektive zu erweitern.

Die neue Leiterin des Europainstituts der Universität Basel, Prof. Madeleine Herren-Oesch, ist zurzeit Professorin für Neuere Geschichte in Heidelberg. Geboren 1956 in Bern, studierte sie dort Geschichte und promovierte 1989 über die „Internationale Sozialpolitik vor dem Ersten Weltkrieg aus der Perspektive der Dritten Französischen Republik“. 1997 folgte ihre Habilitation zum Thema „Hintertüren zur Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Aussenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA“. 1996–2000 leitete sie das Forschungsprojekt „Internationalisierungsstrategien als Instrument schweizerischer Aussenpolitik“ im Rahmen des NFP 42 und war 1998–2004 Assistenzprofessorin an der Universität Zürich. Seither hat sie eine Professur in Heidelberg inne. Dort begründete sie 2007 das Exzellenzcluster „Asien und Europa im globalen Kontext“ mit, dem sie als eine von drei Direktoren vorsteht.

Zu den wissenschaftlichen Schwerpunkten von Madeleine Herren-Oesch zählen die historische und interdisziplinäre Europaforschung und deren Erweiterung zur Globalgeschichte. Dazu gehört die Beschäftigung mit den euro-

päischen Verflechtungen auf der Ebene der Aussenpolitik, der Ausbildung grenzübergreifender Gesellschaften und der Migrationsprozesse. Mit ihren Publikationen zu Kultur- und Wissenstransfers sowie zur Geschichte internationaler Beziehungen und Organisationen hat Madeleine Herren-Oesch zugleich dazu beigetragen, Theorien und Methoden der Transkulturalität in den Kulturwissenschaften zu etablieren.

Gleichzeitig mit der Wahl zur Leiterin des Europainstituts der Universität Basel wird Madeleine Herren-Oesch zur Professorin für Neuere Geschichte gewählt. Sie wird ihre neue Stelle am 1. April 2013 antreten.

Europaforschung in globaler Perspektive

Das Rektorat der Universität Basel und die am Europainstitut beteiligten drei Fakultäten (Juristische, Philosophisch-Historische und Wirtschaftswissenschaftliche) haben die Neubesetzung der Leitung zum Anlass genommen, die Ausrichtung des Europainstituts zu erweitern. Über die europäische Integration hinaus soll am Europainstitut zukünftig auch Europaforschung in glo-

baler Perspektive entwickelt werden.

Mit transdisziplinären Methoden und der Stärkung interdisziplinärer Kooperationen wird das Europainstitut vermehrt auf die aussereuropäische Vernetzung Europas besonders in Asien und Afrika eingehen. Diese Ausrichtung knüpft direkt an bereits in Basel gepflegte Forschungstraditionen und -schwerpunkte an. Der inhaltlichen Erweiterung des Europainstituts kommt an der Universität Basel eine zentrale Bedeutung im Hinblick auf den thematischen Schwerpunkt „European and Global Studies“ der „Strategie 2014“ zu.

Verbunden mit der konzeptuellen Neuausrichtung ist die Besetzung der Institutsleitung mit einer vollen Professur. Zusätzlich werden von ausserhalb der Universität „Visiting Fellows“ für kürzere oder längere Zeit ans Europainstitut geholt und die Instrumente der Nachwuchsförderung – etwa Assistenzprofessuren – erweitert. Von diesen Massnahmen erhofft sich die Universität Basel die Etablierung einer produktiven Forschungsplattform und eine höhere Sichtbarkeit des Europainstituts.
Quelle: Uni News vom 19.10.2012

Europakolloquium

**Alexander Golovin, Botschafter der Russischen Föderation in der Schweiz:
Russland als Teil Europas**

Donnerstag, 29. November 2012, 18.15 Uhr, Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27, 4052 Basel
Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.



Gründung der Fachgruppe European Studies schliesst Lücke im Institut

Manuel Knapp, Präsident FG European Studies

Bonjour, hello, guten Tag und grüezi – da sind wir. Im vergangenen September gründeten Studierende des Masters in European Studies erstmals eine Fachgruppe (FG). Vorangegangen sind intensive Vorbereitungstreffen während des Sommers, bei denen offene Fragen nach Sinn, Zweck und Ziel einer Fachgruppengründung und Etablierung der Fachgruppe zu beantworten waren. Schliesslich sind wir der erste Jahrgang, der sich aktiv um eine permanente Mitsprache am Europainstitut bemüht. Wir sahen in den Vorbereitungen schnell das Potential einer aktiven FG am Europainstitut.

Der Vorstand ad Interim erarbeitet deshalb bis zur Gründungsversammlung ein vielseitiges Fachgruppenreglement. Es gilt die Mitsprache der Studentinnen und Studenten in den wichtigen Entscheidungsgremien nach fünf Jahren der Vakanz endlich wahrzunehmen. Mit der FG haben wir erstmals die Möglichkeit unsere Vorschläge und

Beiträge gezielt vorzutragen. Dabei entlasten wir gleichzeitig das Institut als Ganzes, da es nun einen zusätzlichen Ansprechpartner für die Studierenden im Masterstudiengang gibt.

Mit der Ankündigung das Europainstitut weiter auszubauen, fällt die Gründung der FG in eine Zeit der „windows of opportunity“. Durch die aktive Mitarbeit unserer FG-Mitglieder aus den verschiedensten Jahrgängen und deren mitgebrachten Erfahrungen von anderen Universitäten im In- und Ausland können wir einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung des Studienaufbaus leisten. Entschlossen und fundiert werden wir unsere Vorschläge zur gegebenen Zeit in der IFK einbringen. An dieser Stelle sei bereits erwähnt, dass wir den interdisziplinären Masterabschluss nicht als Endstation an diesem prosperierenden Institut verstehen.

Neben den Fragen nach der Master- und Promotionsordnung sind Fragen

nach dem Selbstverständnis und der zukünftigen Rolle des Instituts anzusprechen. Wir sind bereit mit der neuen Leiterin des Institutes diesen Weg konstruktiv zu beschreiten.

Dass die Universität mehr sein kann als nur ein Ort der Wissensvermittlung, hängt vom Miteinander der Studierenden, Lehrenden und der Administration ab. Die FG versteht sich als Forum für Studierende, als ungezwungenen Ort des Meinungsaustausches über Europa und als Ratgeber für studentische Fragen. Aber am besten ist, Sie machen sich selbst ein Bild von uns und besuchen uns bei unserer nächsten FG Sitzung am Donnerstag den 13. Dezember 2012, ab 16:00 Uhr im Europainstitut. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit und sind für Tipps, Anregungen und Wünsche jederzeit hier erreichbar: fg-europa@unibas.ch. Im Namen des Vorstandes verbleibe ich mit den besten Grüssen.

E+H-Preis



Verdienter Applaus, grosser Scheck und glückliche Diplomandin: Stéphanie Kaiser nimmt den E+H-Preis entgegen

Am 21. September 2012 nahmen die erfolgreichen Absolventen des XIX. Master of Advanced Studies (MAS) in European Integration und des Master of Arts (MA) in European Studies ihre wohlverdienten Diplome entgegen. Besonders erwähnenswert ist Stéphanie Kaiser, die den besten MAS-Abschluss erzielte. Sie wurde dafür mit dem grosszügigen Preis, der bereits zum zweiten Mal von der Firma Endress+Hauser vergeben wurde, belohnt. Ihre Diplomarbeit, die mit der Bestnote bewertet wurde, trägt den Titel: „Das Abkommen über verarbeitete Landwirtschaftsprodukte: Bedeutung für die Schweiz“. Das Europainstitut gratuliert herzlich zu dieser ausgezeichneten Leistung!

Neue Publikationen zum bilateralen Recht und zum EWR

Das bilaterale Recht zwischen der Schweiz und der EU ist in der Schweiz nicht nur in der rechtlichen Praxis, sondern auch in der politischen Diskussion immer wieder präsent. Aus dem Kreis der am Europainstitut der Universität Basel tätigen Dozierenden stammen zwei neue rechtliche Publikationen zu dieser Thematik.

Im September 2012 erschien das neue Lehrbuch von Stephan Breitenmoser/Robert Weyeneth „Europarecht. Unter Einbezug des Verhältnisses Schweiz - EU“ (Zürich: St.Gallen: Dike sowie Wien: Manz, 2012). In diesem Buch befasst sich das rund 50seitige, siebte Kapitel spezifisch mit der Schweiz und der EU (sowie dem Europarat). Das Kapitel beleuchtet insbesondere die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die Rechtsnatur der bilateralen Abkommen, den Inhalt einer Anzahl wichtiger Abkommen (darunter insbesondere das Personenfreizügigkeitsabkommen) sowie die Optionen der Schweiz im Verhältnis zur EU.

Im Dezember 2012 wird von Christa Tobler/Jacques Beglinger „Grundzüge des bilateralen (Wirtschafts-)Rechts. Systematische Darstellung in Text und Tafeln“ erscheinen (St. Gallen/Zürich: Dike 2012). Der Text (von Tobler) behandelt die Entwicklung des bilateralen Rechts Schweiz – EU, die systembedingten Charakteristika des bilateralen Rechts (einschliesslich die Kritik der EU) sowie die Grundzüge des Inhalts des bilateralen Wirtschaftsrechts. Der Text verweist jeweils auf die Tafeln (von Tobler/Beglinger), welche dieselbe Materie in knapper Form und mit Hilfe von graphischen Strukturelementen darstellen. Im Zusammenhang mit dieser Publikation ist für den Beginn des Jahres 2013 am Europainstitut eine Veranstaltung zum bilateralen Recht in Planung.

FONDATION JEAN MONNET POUR L'EUROPE

Philippe G. Nell

SUISSE – COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE

Au cœur des négociations
sur l'Espace économique européen

Eine weitere Publikation mit Bezug zum Europainstitut stammt von Philippe Nell, der im MAS am Europainstitut unterrichtet. Der Ökonom ist heute Leiter des Ressorts Amerika im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und lehrt auch an der Universität Fribourg. „Suisse - Communauté Européenne“ beschäftigt sich mit der Frage, wie die Europäische Union (EU), die Schweiz und ihre Partner der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) die grösste und komplexeste Verhandlung ihrer Geschichte geführt haben. Das Buch führt den Leser in das Herz der EWR-Verhandlungen, die Nell als Assistent von Staatssekretär Franz Blankart persönlich begleitet hat. Neben seinen Erinnerungen greift Nell auf Gespräche mit den damaligen Akteuren und auf freigegebenes Archivmaterial zurück. Zentral in Nells Ausführungen ist der gescheiterte Versuch der Schweiz, Mitbestimmungsrecht an der Entwicklung des Binnenmarkts zu erlangen. Zwanzig Jahre nach der Unterzeichnung hat der EWR angesichts der offenen institutionellen Fragen im Verhältnis der Schweiz mit der EU wieder an Aktualität gewonnen – dieses Buch wird am EWR interessierten Lesern wärmstens empfohlen.

Veranstaltung

Fachtagung der ECSA-Schweiz

Öffentlicher Vortrag:

Outside and Inside: Norway's agreements with the European Union.

Twenty years of experience with the EEA agreement that Switzerland rejected.

Fredrik Sejersted, Professor of Law, Head of the Centre for European Law, University of Oslo

Donnerstag, 6. Dezember 2012, 18.15 - ca.20.00 Uhr. Kollegienhaus der Universität Basel, Hörsaal 102.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Interdisziplinäre Fachtagung:

**20 Jahre nach dem EWR-Nein: Welche Lehren lassen sich aus dem bilateralen Weg ziehen?
Was sind Vor- und Nachteile? Wohin steuert die Europapolitik der Schweiz?**

Freitag, 7. Dezember 2012, Europainstitut der Universität Basel. Weitere Informationen unter www.ecsaswiss.ch